

Pressemitteilung

Zürich, 02. Januar 2009

Verurteilung des israelischen Angriffs auf Gaza

Die unten unterschreibenden Organisationen verurteilen die unverhältnismässige Gewaltanwendung der israelischen Armee gegen Gaza, unter der hauptsächlich die palästinensische Zivilbevölkerung leidet.

Offensichtlich spielen in Israel auch innenpolitische Gründe wie die anstehenden Parlamentswahlen im Frühjahr eine grosse Rolle. Der jetzige Angriffskrieg wurde während der sechsmonatigen Waffenruhe von langer Hand geplant und vorbereitet. Dies haben israelische Spitzenpolitiker ausdrücklich bestätigt. Es kann also keine Rede von einem Verteidigungskrieg sein.

Ungeachtet des jetzt herrschenden offenen Krieges, sind jedoch auch die Angriffe auf die Zivilbevölkerung Israels zu verurteilen und zu beenden. Jegliche Gewaltanwendung behindert eine friedliche Lösung des Konfliktes.

Die Relationen indes sind dennoch zu wahren. Tatsache ist:

- Israel hat 18 Monate lang die Bevölkerung von Gaza auf völkerrechtswidrige Art ausgehungert. Israel ist und bleibt Besatzungsmacht.
- Israel versperrt sich einer Friedenslösung zu Gunsten eines palästinensischen Staates in den Grenzen vor Juni 1967 mit Ostjerusalem als Hauptstadt und damit der Erfüllung einschlägiger UNO Resolutionen.
- Israel hat auch die am 1. Dezember 2003 unterschriebene „Genfer-Initiative“ zur Lösung des Konfliktes, welche auch durch die offizielle Schweiz unterstützt wurde, ignoriert.

Der Krieg gegen die palästinensische Zivilbevölkerung ist einzustellen. Die Angriffe aus dem Gazastreifen auf israelisches Staatsgebiet müssen ebenfalls gestoppt werden. Die EU und die USA müssen sich umgehend und endlich ernsthaft um die Lösung dieses Nahostkonfliktes bemühen und auf alle Kriegsparteien Druck ausüben. Insbesondere ist die bedingungslose Unterstützung Israels einzustellen und eine wirklich unparteiische Haltung einzunehmen.

Die schweizerischen Behörden sind dringend aufgerufen, an die notleidende palästinensische Bevölkerung humanitäre Hilfe zu leisten. Der Bundesrat hat alles in seiner Macht stehende zu unternehmen, um den Krieg umgehend zu stoppen. Die schweizerische Aussenpolitik kennt als Richtschnur das Völkerrecht. Entsprechend deutlich muss die Verurteilung dieses völkerrechtswidrigen Krieges ausfallen, der als „Verteidigung“ dargestellt werden soll, aber seit langem jegliche Verhältnismässigkeit überschritten hat. Nur zur Mässigung aufzurufen ist geradezu ein Hohn angesichts der aktuellen Geschehnisse und einer bevorstehenden blutigen Bodenoffensive.

Jegliche militärische Zusammenarbeit mit Israel ist sofort einzustellen. Aber auch die Zusammenarbeit in übrigen Bereichen wie z.B. in der Forschung ist aufgrund des völkerrechtswidrigen Verhalten Israels ernsthaft in Frage zu stellen.

VIOZ (Vereinigung der Islamischen Organisationen in Zürich)

GSIW (Gesellschaft Schweiz – Islamische Welt)

VAM (Verband Aargauer Muslime)

BMK (Basler Muslim Kommission)

UMMA (Islamischer Kantonalverband Bern)